

## Thema des Monats

### Bauindustrie begrüßt Konjunkturpaket

(brb).-Der Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen begrüßt das von der Bundesregierung beschlossene Konjunkturpaket.

Das Konjunkturprogramm II bietet als Ergänzung zum bereits beschlossenen Konjunkturprogramm I die Chance im laufenden Jahr sowie in 2010 Produktion und Beschäftigung in der niedersächsischen Bauwirtschaft zu stabilisieren und die erwarteten Rückgänge im Wirtschaftsbau und im Wohnungsbau zu kompensieren. So notwendig und richtig die beschlossenen Maßnahmen zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und zum Abbau des kommunalen Investitionsstaus auch sind, so besteht dennoch die Gefahr, dass ab dem Haushaltsjahr 2011 die öffentliche Baunachfrage nach Auslaufen des

Programms im Zuge notwendiger Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen wieder zurückgefahren wird, was negative Konsequenzen für Produktion und Beschäftigung in der Bauwirtschaft hätte.

Eine bedarfsgerechte Dotierung der öffentlichen Investitionshaushalte muss daher auch ab 2011 weiterhin auf der politischen Agenda ganz oben stehen.

Aus Sicht des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen muss sichergestellt sein, dass jederzeit die erforderlichen Planungsleistungen zur Verfügung stehen und die sonstigen baubegleitenden Maßnahmen wirksam umgesetzt werden können.

Auch etwaige Spitzenkapazitäten müssen abgedeckt werden können.

### Bauindustrie verleiht Bauindustriepreis an Dr. Wolf-Rüdiger Gorka



#### Preisträger und Laudatoren:

Hans-Jürgen Meyer,  
Hauke Jagau,  
Dr. Wolf-Rüdiger Gorka,  
Walter Hirche,  
Prof. Dr.-Ing. Rolf Warmbold  
(v.l.n.r.)

(brb).-Im Rahmen einer Festveranstaltung erfolgte Ende Januar in Hannover die Verleihung des Preises der Bauindustrie Niedersachsen-Bremen 2008 an Dr. Wolf-Rüdiger Gorka, Geschäftsführer a.D. der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen (LNVG).

Der Präsident des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen, Prof. Dr.-Ing. Rolf Warmbold, hob in seiner Laudatio das Wirken des Preisträgers im öffentlichen Personennahverkehr auf Schiene und Straße hervor.

Durch richtungweisende Konzeptionen und die sich hieraus ergebenden Investitionen vor allem in Schieneninfrastruktur, Bahnhöfe, P+R-Plätze und Fahrzeuge hat Dr. Gorka den Nahverkehr in Niedersachsen maßgeblich voran gebracht.

Seit Gründung der LNVG vor zwölf Jahren stieg die Nachfrage im Schienenpersonennahverkehr um 50 Prozent.

Die LNVG hat über 2 Milliarden Euro in Niedersachsen investiert – durch zahlreiche Ausbauprogramme konnte die Bauindustrie profitieren. Die von Dr. Gorka ausgegebene Maxime, die verfügbaren Mittel vorrangig investiv und nur in zweiter Linie konsumtiv auszugeben, hat zu einem erheblichen Modernisierungsschub im niedersächsischen Nahverkehr geführt und damit die niedersächsische Wirtschaft angekurbelt.

Die Leistungen von Dr. Gorka wurden auch vom Ende Januar noch amtierenden Wirtschaftsminister Walter Hirche und von Regionspräsident Hauke Jagau gewürdigt.

## Überblick

### 1 Thema des Monats:

#### Bauindustrie begrüßt Konjunkturpaket

#### Bauindustrie verleiht Bauindustriepreis an Dr. Wolf-Rüdiger Gorka

### 2 Kommentar:

#### Wirtschaftspolitik mit Umsicht und Verlässlichkeit

### 3 Forum Nord:

#### Interview

#### Niedersächsische Stimmen zum Berliner Konjunkturpaket II

Im Gespräch mit den Niedersächsischen Landesgruppenvorsitzenden der CDU und SPD im Deutschen Bundestag Enak Ferlemann (CDU) und Holger Ortel (SPD)

### 4 Trends und Märkte:

#### Investitionspolitik muss verstärkt Teil der Sozialpolitik sein

#### Senator Loske lobt kreatives Lernklima

#### Impressum



## Nachrichten und Kommentar:

### Wirtschaftspolitik mit Umsicht und Verlässlichkeit

(brb).-Walter Hirche geht, und Philipp Rösler kommt. Der Wechsel an der Spitze des Wirtschaftsministeriums ist ein Generationswechsel. Als der eine 1970 in der Landespolitik anfang, war der andere noch nicht geboren. Und als Hirche 1986 zum ersten Mal ins Kabinett berufen wurde und sich um Infrastruktur und Wirtschaftsförderung zu kümmern hatte, schlug sich Rösler als Gymnasiast mit Vokabeln herum. Der Ältere könnte gut und gern der Vater des Jüngeren sein. Ein politischer Ziehsohn ist Philipp Rösler zweifellos.

Walther Hirche hat die Höhen und die Tiefen des Politikerlebens kennen gelernt. Statt Gymnasiallehrer zu werden, ließ er sich 1970 zum Landesgeschäftsführer der gerade aus dem Landtag geflogenen FDP bestellen. Gemeinsam mit Rötger Groß, Winfried Hedergott und Heinrich Jürgens schaffte er es, die Partei vier Jahre später ins Leineschloss zurückzuführen und selber ein Mandat zu erlangen. Doch 1978 kam bereits wieder das parlamentarische Aus, Hirche, kurz zuvor zum Fraktionschef gewählt, überwinterte als Archivar in einem hannoverschen Unternehmen, ehe er, ein Stehaufmännchen, 1982 mit der FDP wieder in den Landtag gewählt wurde.

Seither gab es in Hircches Karriere keinen Bruch mehr, nur noch Knicks. Er übernahm wieder die Fraktionsführung, wurde 1986 unter Ernst Albrecht Wirtschaftsminister und schied nach dem Wahlsieg Gerhard Schröders 1990 aus diesem Amt, nicht ohne zuvor ein Regierungsbündnis mit dessen SPD schroff abgelehnt zu haben. Wie einige andere seiner bisherigen Kabinettskollegen wechselte Hirche in „den Osten“, wo ihm Manfred Stolpe das Wirtschaftsressort des neuen Bundeslandes Brandenburg übertrug. Als sich die Mehrheiten in Potsdam änderten, ließ sich Hirche in den Bundestag wählen, unterlag, falsch beraten, mit seiner Kandidatur für den Posten des Bundeswirtschaftsministers seinem Parteifreund Günther Rexroth, und wurde Parlamentarischer

Fortsetzung Seite 4

### Niedersächsische Stimmen zum Berliner Konjunkturpaket II

(brb).-Im Gespräch mit den Niedersächsischen Landesgruppenvorsitzenden der CDU und SPD im Deutschen Bundestag Enak Ferlemann (CDU) und Holger Ortel (SPD)

**Baurundblick:** Die Bundesregierung hat Mitte Januar dieses Jahres einen Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland als weiteren Teil des Investitionsprogramms der Bundesregierung zur Bekämpfung der Auswirkung der globalen Finanzkrise beschlossen. Danach wird der Investitionshaushalt des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in diesem und im nächsten Jahr vorbehaltlich der Zustimmung des Bundestages 12 Milliarden Euro betragen.

Ist es mit diesen zusätzlichen Mitteln möglich, den Ausbau der Schienen- und Autobahntrassen für den Hafenhinterlandverkehr in Niedersachsen zu beschleunigen?



**Enak Ferlemann:** Eindeutig ja! Bereits im Jahr 2008 hat der Bund 255 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt, um die Seehafenhinter-

landanbindung zu stärken. Darüber hinaus sollen über das Arbeitsprogramm Bauen und Verkehr (APBV), das das Bundesverkehrsministerium im Rahmen des von der Bundesregierung zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung beschlossenen ersten Maßnahmenpaketes aufgelegt hat, für die Jahre 2009 und 2010 insgesamt weitere 2 Milliarden Euro in Planung und Bau von Straßen, Schienen und Wasserwegen investiert werden. 420 Millionen werden in 2009 und 2010 allein in die Bundesschienenwege, z.B. in

den durchgehend zweigleisigen und elektrifizierten Ausbau der Strecke zwischen Oldenburg und Wilhelmshaven, investiert. Allein 210 Millionen Euro werden in den beiden Jahren direkt in die Verbesserung der seewärtigen Zufahrten und Hinterlandanbindungen fließen. Alle diese Maßnahmen wir natürlich insbesondere der Jade-Weser-Port zugute kommen. Und auch das für den Seehafenhinterlandverkehr so überaus bedeutsame Projekt der Y-Trasse wird mit Hilfe der zusätzlichen Investitionen in seiner Planung vorangebracht.

Auch über das zweite Maßnahmenpaket der Bundesregierung vom Januar dieses Jahres werden noch einmal zusätzliche 2 Milliarden Euro in die Infrastruktur investiert. Das Land Niedersachsen wird aus diesem Investitionsprogramm u.a. Mittel in Höhe von 15 Millionen Euro zur Ertüchtigung des Netzes der Nichtbundes-eigenen Eisenbahnen bereitstellen. Damit soll das bundeseigene Netz weiter entlastet werden.

**Holger Ortel:** Die Beschleunigung von Infrastrukturmaßnahmen ist ein Schwerpunkt der beiden Konjunkturpakete. Dies betrifft alle im Bau befindlichen Maßnahmen und damit auch die Hinterlandanbindungen zu den Seehäfen. Neue Maßnahmen müssen baureif und durchfinanziert sein. Zurzeit erarbeitet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit den Verkehrsträgern einen Maßnahmenkatalog.

**Baurundblick:** Im Rahmen des Konjunkturpakets II stellt der Bund den Ländern Finanzhilfen für die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur zur Verfügung. Es soll eine Vereinbarung getroffen werden, um sicherzustellen, dass die Mittel genutzt werden, um zusätzliche Investitionen auf den Weg zu bringen, die gerade auch in finanzschwachen Kommunen wirksam werden sollen. Welche wesentlichen Inhalte werden diese Vereinbarungen haben?



## Forum Nord

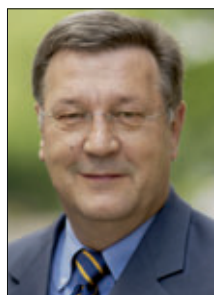
**Enak Ferlemann:** Im Wesentlichen ist vereinbart, dass die Mittel zu mindestens 70 Prozent zur Finanzierung kommunal bezogener Investitionen eingesetzt werden sollen. Der von den Gemeinden zu erbringende Eigenanteil wird von den Ländern festgesetzt. In Niedersachsen werden die Kommunen insgesamt 723 Millionen Euro der vom Bund bereitgestellten 920 Millionen Euro erhalten. Das sind gut 78 Prozent – 8 Prozent mehr als vom Bund gefordert.

Die Länder stellen weiterhin sicher, dass finanzschwachen Gemeinden die gleiche Chance auf Teilnahme an dem Investitionsprogramm eingeräumt wird wie finanzstärkeren Kommunen. An kommunalen Investitionen beteiligen sich die Kommunen mit einem Eigenanteil, den die Länder festlegen. Die Abwicklung der Fördermaßnahmen erfolgt unmittelbar zwischen Kommunen und Land. Das Land stellt Finanzhilfen in Höhe von 30 Millionen Euro zur Unterstützung steuereinnahmeschwacher Gemeinden pauschal bereit.

Des Weiteren wurde vereinbart, dass die Länder dem Bund bis Ende Mai 2009 über die Verteilung der geplanten Investitionen auf die konkreten Förderbereiche wie z.B. Städtebau oder Lärmsanierung an kommunalen Straßen berichten. Der Bund erhält vierteljährlich Berichte mit Förderlisten laufender Projekte. Den Nachweis über die zweckentsprechende Verwendung der Mittel im Einzelnen erhält der Bund 5 Monate nach Beendigung der Maßnahme.

Damit die Bundesmittel nicht einfach Landesmittel ersetzen, dürfen sie nicht für Maßnahmen verwendet werden, die bereits im Landes- bzw. Kommunalhaushalt gesichert sind. Die Länder müssen zudem nachweisen, dass ihre Investitionsausgaben während der Umsetzung des Konjunkturprogramms gegenüber den Vorjahren nicht sinken. Der Bund kann die Finanzhilfen zurückfordern, wenn von einem Land geförderte einzelne Maßnahmen ihrer Art

nach den festgelegten Förderbereichen nicht entsprechen.



**Holger Ortel:** Der Entwurf der Verwaltungsvereinbarung liegt den Parlamentariern vor. Geregelt werden schwerpunktmäßig:

- die Förderbeiträge pro Bundesland aus den 10 Milliarden Bundesmitteln, die insgesamt an die Länder verteilt werden (davon erhält das Land Niedersachsen 920 Millionen Euro).
- Fragen der Berichtspflicht, Verwendungsnachweise und Rückforderung

Parallel dazu liegt der Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vor.

**Baurundblick:** Zur Beschleunigung von Investitionen sollen befristet auf zwei Jahre Schwellenwerte für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben jeweils ohne öffentlichen Teilnahmewettbewerb in Höhe von einer Million Euro bzw. 100.000 Euro für Bauleistungen eingeführt werden. Sind flankierende Maßnahmen vorgesehen, um die Transparenz der Vergabeverfahren sicherzustellen?

**Enak Ferlemann:** Auch bei diesen vereinfachten Vergabeverfahren soll sichergestellt bleiben, dass der Einkauf von Liefer- und Dienstleistungen weiterhin den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit folgt. Zur Gewährleistung von Transparenz und Wettbewerb werden die Vergabestellen des Bundes ab einem bestimmten Auftragswert verpflichtet, die Erteilung eines Auftrags unverzüglich auf dem Internetportal des Bundes ([www.bund.de](http://www.bund.de)) für die Dauer von mindestens einem Monat anzuzeigen. Den Ländern und Gemeinden wird empfohlen, sich ebenfalls eine entsprechende Informationsverpflichtung zu halten.

**Holger Ortel:** Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hat für zwei Jahre die Schwellenwerte für beschränkte Ausschreibungen im Baubereich nach Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) angehoben: bis 100.000 Euro dürfen Vergaben freihändig sein, bei Projekten bis zu einer Million Euro ist keine förmliche Ausschreibung notwendig. Um weder die Transparenz noch den Wettbewerb der Vergaben zu gefährden, haben die Vergabestellen die Pflicht zu informieren, welches Unternehmen den Auftrag erhalten hat.

Das Ministerium empfiehlt den Ländern und Gemeinden entsprechend zu verfahren.

Ferner hat das BMVBS für die VOB, befristet für zwei Jahre, die Verkürzung von Vergabefristen, entsprechend der Mitteilung der Europäischen Kommission, sichergestellt.

**Baurundblick:** Im Zusammenhang mit der Erleichterung von beschränkten Ausschreibungen und freihändigen Vergaben werden BMVBS und BMF aufgefordert, durch geeignete haushälterische Maßnahmen Engpässe bei Planungskapazitäten im Bundesbereich zu beseitigen. Ist bereits konkretisiert worden, welche Maßnahmen dies sein werden?

**Enak Ferlemann:** Ja, konkrete Maßnahmen sind hier ins Auge gefasst, wie z.B. die erleichterte Übertragbarkeit der Mittel. Auf jeden Fall sind die jeweiligen Häuser aufgefordert, Planungsengpässe eigenständig zu erkennen und schnellstmöglich zu beseitigen.

**Holger Ortel:** Die zuständigen Institutionen des Bundes arbeiten zeitgleich zum parlamentarischen Verfahren im Deutschen Bundestag an einer Konkretisierung.



Trends und Märkte

## Investitionspolitik muss verstärkt Teil der Sozialpolitik sein

(brb).-Im Rahmen der Verleihung des Bauindustriepreises 2008 an Dr. Wolf-Rüdiger Gorka (s.S. 1) wies der Präsident des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen, Prof. Dr.-Ing. Rolf Warmbold auch darauf hin, dass die Finanzmarktkrise, die sich zwangsläufig zu einer Wirtschaftskrise entwickeln werde, die zentrale Herausforderung zumindest in diesem Jahr sei.



Nachfolgend veröffentlichen wir einige Zitate aus der Rede von Prof. Warmbold: „Nach unserer Einschätzung bieten die beiden Konjunkturprogramme die Chance, in den Jahren 2009 und 2010 Produktion und Beschäftigung in der deutschen Bauwirtschaft zu stabilisieren und die erwarteten Rückgänge im Wohnungsbau und im Wirtschaftsbau weitgehend zu kompensieren. Vor allem von dem kommunalen Infrastrukturprogramm erwarten wir zusätzliche Nachfrage- und Beschäftigungswirkungen in allen Bundesländern.“

\*\*\*

„Das bedeutet aber, dass man sich seitens der öffentlichen Auftraggeber mit der Auftragsvergabe nicht bis zum Herbst

dieses Jahres Zeit lassen kann. Es ist vielmehr dringend erforderlich, die Baumaßnahmen jetzt auszuschreiben. Hierzu müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden.“

\*\*\*

„Die Vereinfachung des Vergaberechts, wie zum Beispiel der Beschluss Bauaufträge bis zu einer Million Euro ohne weitere Begründung im Wege der beschränkten Ausschreibung vergeben zu können, sind zeitlich befristet sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen dabei nur darauf achten, dass interessierte Kreise die Wirtschaftskrise nicht dazu nutzen, das Vergaberecht nachhaltig auszuhöhlen.“

\*\*\*

„Deutschland soll moderner und dabei menschlicher gestaltet werden. Das kann unter anderem auch dadurch erreicht werden, dass zukünftig die Investitionspolitik auch verstärkt Teil der Sozialpolitik wird.“

\*\*\*

Wir müssen wieder deutlich mehr als in der Vergangenheit erkennen, dass Wirtschaften kein Selbstzweck ist, sondern der Beschäftigungssicherung von Mitbürgern des Landes dient. Insbesondere die Bautätigkeit bietet sich aufgrund der hohen Beschäftigungsintensität an, Wertschöpfung vor Ort zu schaffen und über die Arbeitsplatzsicherung die Kaufkraft der privaten Haushalte zu erhalten.“

## Senator Loske lobt kreatives Lernklima

(brb).-Im Ausbildungszentrum des Bauindustrieverbandes Bremen, dem Bau-ABC in Rostrup (Bad Zwischenahn) informierte sich der Bremer Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa, Dr. Reinhard Loske über aktuelle Ausbildungsmodelle in der Bauwirtschaft.



Senator Dr. Reinhard Loske im Kreise junger Auszubildender

Im Bau-ABC Rostrup werden jährlich rund 6.000 Menschen aus- und fortgebildet.

Seitens des Bauindustrieverbandes wurde der Senator von dem zuständigen Geschäftsführer, Dr. Bernd Voigt und dem Zentrumsleiter Emke Emken begleitet.

### Fortsetzung Seite 2

Staatssekretär im Bundesumweltministerium. Von 1998 an drückte er erneut die Oppositionsbank, bis er, der Niedersachsen ja nie aus den Augen verloren hatte, 2003 nach der Abwahl von Sigmar Gabriels Regierung von Christian Wulff ins Kabinett berufen und wieder Hausherr im einstigen Wangenheimischen Palais wurde, in das nun Philipp Rösler einzieht. Länger als alle seine Vorgänger hat Walter Hirche, der sich dem Ordoliberalismus verpflichtet weiß, das Amt des Wirtschaftsministers bekleidet, und wohl keiner aus seiner Generation hat so lange wie er Politik in und für Niedersachsen gemacht. Mit Geradlinigkeit,

die nur mit einem Schuss Opportunismus zum Erfolg führt, ist er seinen Weg gegangen. Er hat mit jener Beharrlichkeit seine Ziele verfolgt, die jeder braucht, der langfristig Politik betreibt oder sehr dicke Bretter bohrt. Dabei hat Hirche bisweilen so große Detailverliebtheit an den Tag gelegt, dass mancher meinte, sie werde ihm den Blick für das Wesentliche verstellen. Das unablässige Bemühen um zukunftssichere Hightech-Betriebe war eines seiner frühen Markenzeichen, die Lösung der Hinterlandprobleme des Jade-Weser-Ports sowie das Vorantreiben des nutzbringenden PPP-Gedankens sind seine Daueraufgaben geblieben, und, ein letztes Beispiel zur

Beschreibung des weiten Betätigungsfelds Hirches, das Bündnis gegen Schwarzarbeit im Baugewerbe war ein wichtiges Vorhaben, das er kürzlich mit den Partnern unter Dach und Fach brachte. Hirche hat Maßstäbe gesetzt. Philipp Rösler wird daran gemessen werden. Jede Wette, es wird sich rasch zeigen, die Stiefel des Amtsvorgängers sind ihm nicht zu groß. Auch der Neue wird niedersächsische Wirtschaftspolitik mit Umsicht und Verlässlichkeit betreiben.

### Impressum

Druckerei Gebrüder Höltje GmbH  
Escherstraße 22, 30159 Hannover  
Telefon (05 11) 70 08 60  
Telefax (05 11) 7 00 86 86  
ISDN (05 11) 7 00 86 71  
Norddeutsche Landesbank  
Girozentrale  
Konto 101020 964, BLZ 250 500 00

Sparkasse Hannover  
Konto 547 646, BLZ 250 501 80  
Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler

Nachdruck, auch auszugsweise gestattet. Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.